



Zürich, 15. April 2010

Ja zur Initiative für bezahlbare Wohnungen, Ja zum Beitrag des Landesmuseums, Nein zum Verkauf der Stadtküche

Die Delegierten der SP Stadt Zürich haben die Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni gefasst. Bei den Delegierten sehr umstritten der Verkauf der Stadtküche. Schliesslich lehnte eine Mehrzahl der Delegierten deren Verkauf ab. Eine klare Ja-Parole gab es für die Volksinitiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich“, etwas weniger deutlich war das Ja zum Beitrag des Landesmuseums.

Die Delegierten der SP Stadt Zürich sagen fünf Mal Ja und zwei Mal Nein zu den Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni.

Klare Zustimmung fand bei den Delegierten die Volksinitiative "Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume". Die Initiative unterstützt ein Anliegen, das ganz oben auf der politischen Agenda der SP steht: So soll in Zürich inmitten des Trends steigender Mietpreise weiterhin günstiger Wohnraum für sozial Schwächere zur Verfügung stehen. Eine gute soziale Durchmischung betrachtet die SP als wichtige Grundlage für eine lebendige Stadt mit einer im Quartier verankerten Wohnbevölkerung. Die Initiative verlangt, dass neu alle Liegenschaften in städtischem Besitz nach dem Prinzip der Kostenmiete, also ohne Gewinnabsichten, bewirtschaftet werden. Bisher ist dies nur bei den kommunalen Wohnsiedlungen der Fall. Weiter soll mit dieser Neuerung erreicht werden, dass auch in diesen Liegenschaften für ertragsschwaches Kleingewerbe preisgünstige Gewerberäume zur Verfügung gestellt werden können.

Die Initiative wird von der SP zusammen mit dem Mieterverband, dem Dachverband der Genossenschaften, den Grünen und der AL unterstützt. Inhaltlich ergänzt sie die SP-Initiative "Wohnen für alle", die diesen Februar nach nur dreimonatiger Sammelfrist eingereicht werden konnte. Letztere verlangt unter anderem, dass der Anteil gemeinnützigen Wohnraums in der Stadt mindestens ein Drittel beträgt. Gemeinsam sind beide Initiativen als wichtige Mosaiksteine für eine Weichenstellung in der städtischen Wohnbaupolitik zu werten.

Nein sagen die Delegierten zum Verkauf der Stadtküche (heute Menu&More AG). 92 Delegierte waren dagegen, 31 dafür, bei zwei Enthaltungen. Die Gewerkschafts-



vertreterInnen sprachen sich unisono gegen den Verkauf aus, weil sie um eine markante Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Angestellten fürchten. Derzeit sind die Angestellten zu städtischen Bedingungen angestellt, Bedingungen also, die deutlich besser sind, als in der Gastrobranche üblich. Ausserdem handelt es sich um heutzutage immer rarer werdende Arbeitsplätze für Menschen ohne Hochschulabschluss. Zwar konnte der federführende Stadtrat des Geschäfts, Bobby Neukomm, Übergangsbestimmungen aushandeln. Die ausgehandelte Lösung geht den Gewerkschaften und einer Mehrheit der SP-Delegierten allerdings zu wenig weit. Die Menu&More AG ist ein Betrieb, der nach einem längeren Restrukturierungsprozess wieder in die Gewinnzone geführt werden konnte. Gut geführte städtische Betriebe, auch dies eine häufig gehörte Meinung bei den ReferentInnen, solle die Stadt nicht veräussern.

Ja sagen die Delegierten zum Standortbeitrag und die Landabtretung für den Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums. 94 Delegierte stimmten dem Beitrag für den Neubau zu, 31 Delegierte stimmten dagegen, bei 4 Enthaltungen. Mit der geplanten Erweiterung des Landesmuseums bekommt dieses nach Ansicht einer Mehrheit seine verloren gegangene Attraktivität zurück. Es soll zu einem modern beispielbaren Museum werden, mit einem architektonisch überzeugenden Trakt für Wechsellausstellungen. Der Erhalt des Platzspitzparks war bei den verschiedenen VotantInnen ein grosses Thema. Die BefürworterInnen konnten sich mit der Meinung durchsetzen, dass dieser mit dem Projekt kaum tangiert werde. Die Stadt wird einen relativ bescheidenen Beitrag von 10 Millionen Franken zum Neubau leisten, den Löwenanteil tragen Bund, Kanton und Private mit 111 Millionen Franken. Damit komme die Stadt ausserordentlich günstig zu einer Aufwertung Modernisierung eines wichtigen Publikumsmagneten, so ein weiteres Argument.

Die weiteren Parolen

Ja zur Förderung und Unterstützung der Arbeitsintegration von Jugendlichen und Erwachsenen.

Ja zur Neugestaltung der Schmiede Wiedikon.

Nein zur Volksinitiative "Freie Allmend".

Ja zum Ersatzneubau Altersheim Trotte und Umbauten im Altersheim Sydefädeli.



Weitere Auskünfte erteilen:

- Beatrice Reimann, Co-Präsidentin der SP Stadt Zürich
078 604 34 00
- Andrea Sprecher, Co-Präsidentin der SP Stadt Zürich
076 420 84 55

Zur VI „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume“:

- Ueli Keller, ehemaliger Kantonsrat der SP6&10
079 579 13 67

Zur Stadtküche:

- Heinz Jacobi, Gemeinderat der SP9
079 317 48 42

Zum Landesmuseum:

- Mark Richli, Gemeinderat der SP3
079 756 20 34